Das Beste aus Thüringen.
OTZ.de
In Kooperation mit Thüringer Allgemeine und Thüringische Landeszeitung.

Lichtener Bürgerinitiative sucht Rat in Erfurt

Besucher blicken auf die Staumauer der Talsperre Leibis/Lichte

Die Bürgerinitiative gegen überhöhte Kommunalabgaben Lichte (BI), die steigende Ausgaben für Bürger und Gewerbetreibende in der Trinkwasserschutzzone befürchtet, hat den Tag des offenen Landtages in Erfurt genutzt, um den Anliegen der BI Nchdruck zu verleihen.
Erfurt/Lichte. Die BI hatte sich zuvor bereits mit einer Petition an den Landtag gewandt, um auf die Situation und die Sorgen der Bürger und Gewerbetreibenden in der Trinkwasserschutzzone hinzuweisen. Die BI benannte eine Reihe von Mehraufwendungen, die es außerhalb der Schutzzone nicht gäbe. Dazu zählen auch die höheren Investitionen für die Kläranlagen und andere Einrichtungen, die sich auf die hohen Trinkwasser- und Abwassergebühren sowie Beiträge niederschlagen.
Trotz hoher Fördermittel habe man hier die höchsten Wasserpreise in Deutschland und liege an der Spitze mit den Trink- und Abwassergebühren, monierte die BI-Petition. In der Sitzung des Petitionsausschusses wurde die BI jedoch nicht gehört.
Harry Pröscholdt, Jürgen Schneider, Ingrid Meisel und Edmund Grollmisch von der BI suchten die Informationsstände der fünf im Landtag vertretenen Fraktionen auf. Bei den Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring (CDU), Bodo Ramelow (Die Linke), Uwe Höhn (SPD), Uwe Barth (FDP) und Astrid Rothe-Beinlich (Bündnis 90/Die Grünen) fanden die Lichtener ein offenes Ohr. Auch Gerhard Günther , Maik Kowalleck und Henry Worm (alle CDU-Landtagsabgeordnete) zeigten Verständnis. Die Situation war ihnen bekannt.
Sowohl die Fraktionsvorsitzenden als auch die Landtagsabgeordneten des Wahlkreises versprachen, nach Lichte zu einer Einwohnerversammlung zu kommen. Ähnlich wie schon in Oberweißbach, wollen sie gemeinsam nach Lösungen suchen.
Die BI-Mitglieder übergaben allen Fraktionen ihr Antwortschreiben auf die Entscheidung des Petitionsausschusses. In den Gesprächen wurde auch eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie beispielsweise die Übernahme der Kosten für Dichtheitsprüfungen und die zusätzlichen Aufwendungen.
Die BI-Mitglieder forderten die Senkung der Gebühren und Beiträge auf den Bundesdurchschnitt. Die BI vertritt die Meinung, dass man hier das Trinkwasser mit wenig Aufwand gewinnbringend verkaufen will. Die BI fordert einen gesonderten Maßnahmeplan für die benachteiligte Region an der Talsperre und Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel zur Übernahme aller Kosten für die Druckleitung, für die notwendigen erhöhten Sicherheitsanforderungen, die jährlichen Revisionen sowie die Mehraufwendungen für die Feuerwehren durch die Fernwasserversorgung. Die Trinkwasser- und Abwassergebühren sollten nicht über den Bundesdurchschnitt liegen, fordert die BI. Auch der Vorsitzende der Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben, Peter Hammen, sicherte Unterstützung zu. Die Allianz verabschiedete im Plenarsaal symbolisch ein Gesetz zur Befreiung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträge.

Edmund Grollmisch / 16.06.10 / OTZ